

Geschichts- werkstatt

Seien es »Flucht und Vertreibung«, sei es der Überfall auf die Sowjetunion oder die Befreiung von Auschwitz – die deutsche Politik nutzt die zentralen Jahres- und Gedenktage des Zweiten Weltkriegs zu revisionistischen Zwecken.
Von Rolf Surmann

Am 21. Juni wurde die zentrale Ausstellung im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, das an die Zwangsumsiedlung deutscher Besatzer und Siedler nach 1945 erinnert, der Öffentlichkeit übergeben. Die Hauptrede hielt Bundeskanzlerin Angela Merkel. Einen Tag später, am 22. Juni, jährte sich der deutsche Überfall auf die Sowjetunion zum 80. Mal. Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hatte die Bundesregierung bereits im Vorfeld geantwortet, sie plane zu diesem Anlass keine Erinnerungs- und Gedenkveranstaltungen und beteilige sich auch nicht an solchen im Ausland. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ergänzte, man vertrete das Konzept einer »ungeteilten Erinnerung an den gesamten Verlauf des Zweiten Weltkriegs«. Sieht man davon ab, dass es tatsächlich viele »Teilungen«, das heißt besondere Formen der Erinnerung an für wichtig gehaltene Einzelereignisse gibt – etwa die als D-Day bekannte Landung der Westalliierten in der Normandie –, meint Schäuble im Grunde etwas ganz anderes: Wir wollen dem barbarischen Krieg gegen die Sowjetunion mit seinen circa 27 Millionen Toten auf sowjetischer Seite keine besondere Aufmerksamkeit widmen.

Damit hat der deutsche Politik-Mainstream eine Position radikalisiert, die erstmals im Januar 2015, am 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, Aufsehen erregte: die Ausgrenzung Russlands aus der deutschen und europäischen Gedenk- und Erinnerungspolitik. Damals erfolgte sie noch in Form argumentativer Trickserei. Die Leitung

der Gedenkstätte Auschwitz war von der polnischen Regierung mit dem Anliegen vorgeschickt worden, im Interesse der hochbetagten Überlebenden wolle man keine große internationale Veranstaltung mit Politprominenz, sondern lediglich eine Feier in kleinem Rahmen. Russland erhielt deshalb nur eine niedrigrangige Einladung, ein Regierungsbeamter nahm folglich anstelle des Staatspräsidenten Wladimir Putin an der Veranstaltung teil. Die sonstigen Mächtigen dieser Welt, soweit interessiert, waren selbstverständlich präsent. Unter den damaligen Bedingungen löste diese Ausgrenzung des zentralen Repräsentanten der Auschwitz-Befreier Irritationen aus und führte zu unklarer Kommentierung. So machte der »Spiegel« zwar gewohnheitsmäßig Putin zum eigentlich Schuldigen, indem er ihn aufforderte, nicht den »Beleidigten« zu spielen und, obwohl nicht eingeladen, einfach nach Polen zu reisen, zeigte damit aber zugleich seine Bewertungsprobleme.

Heute sind die Fronten nicht nur insofern geklärt, als Russland ganz selbstverständlich ausgegrenzt wird, sie sind auch weiter gezogen. Grund hierfür sind die Neudefinition der deutschen Interessen in Osteuropa und die Strategien ihrer Durchsetzung, nachdem mit der Auflösung der Sowjetunion die trotz Kaltem Krieg prägende Machtkonstellation der Anti-Hitler-Koalition historisch überholt war. Anders als die Zeitenwende 1989 zu versprechen schien, gestaltete sich das folgende Vorrücken des Westens schwieriger als gedacht. Das zeigt sich aktuell vor allem am Stocken der EU-Ausdehnung und den damit verbundenen Proble-

men in der Ukraine. Natürlich ist selbst jedem Think-Tank-Angestellten klar, dass in einer solchen Weltlage über die tägliche Agitation hinaus, handele es sich um Nawalny oder Nord Stream 2, die Formulierung einer neuen Legitimationsstory unumgänglich ist. Für sie ist eine den Gegebenheiten adäquate Anpassung des deutschen Geschichtsverständnisses unabdingbar. Dieser Umdeutungsprozess ist in vollem Gang.

Ausgrenzung und Umdeutung

Jedem Zeitungsleser fällt auf, dass von russischer Seite öfter Kooperationsangebote kommen, die in Deutschland von Politik und Medien quasi unisono nicht nur abgelehnt, sondern sogar verächtlich gemacht werden. So war es auch zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion. Russische Stellen hatten bei der »Zeit« angefragt, ob sie bereit sei, aus diesem Anlass einen Text von Wladimir Putin mit dem Titel »Offen sein, trotz der Vergangenheit« zu veröffentlichen. Das war ein mediales Luxusangebot, das sich die »Zeit« nicht entgehen ließ. Doch beließ sie es nicht dabei, den Artikel zu veröffentlichen und ihn anschließend unter Umständen zu kommentieren. Statt dessen rückte sie in einem redaktionellen Vorspann Putins Begrifflichkeit entsprechend den westlichen Maßstäben zurecht und kündigte »Entgegnungen« an.

Auf was? Der Kern der Putinschen Argumentation war der bekannte Vorschlag, an die Stelle von Wettrüsten und aggressiver Geopolitik in Europa einen »einheitlichen Raum für eine gleichberechtigte Kooperation und kollektive Entwicklung« zu schaf-

fen – trotz aller historischen Belastungen. Das ist ein Thema, über das 80 Jahre nach dem Beginn des deutschen Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion vielleicht durchaus nachgedacht werden sollte. Doch die Reaktionen reichten von »Desinformationen eines Despoten« (Deutschlandfunk) bis zu »lupenreiner Propaganda« (»Süddeutsche Zeitung«). Deutlicher lässt sich kaum zum Ausdruck bringen, dass es hierzulande kein Interesse an einer sachorientierten politischen Auseinandersetzung vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte gibt.

Nach den zwei Kriegen gegen das Zarenreich und die Sowjetunion kann man es bei einem solchen Jahrestag dennoch nicht einfach bei dieser Art Tagespolemik belassen. Geschichtsdeutungen sind deshalb für Politiker ein beliebtes Genre, um politische Zeichen zu setzen und mit Geschichte Politik zu machen. So hatte schon anlässlich des 70. Jahrestags der Auschwitz-Befreiung der polnische Außenminister Grzegorz Schetyna behauptet, es seien ukrainische, nicht sowjetische Soldaten gewesen, die die Auschwitz-Häftlinge befreiten. Vordergründiger Anlass für diesen Kotau gegenüber der Ukraine war der Umstand, dass der verantwortliche Truppenteil der Roten Armee den Namen »1. Ukrainische Front« trug, was allerdings nichts über dessen ethnische Zu-

sammensetzung aussagte, sondern lediglich das Hauptkampfgebiet der Soldaten bezeichnete. Dieser Versuch nationalistischer Deutung verfälschte zugleich die Prinzipien, nach denen die Sowjetunion ihren Kampf gegen Nazi-Deutschland geführt hatte.

Im Juni dieses Jahres war es dem ukrainischen Botschafter in Deutschland vorbehalten, sich darüber zu echauffieren, zu einer Veranstaltung aus Anlass des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion in das Deutsch-Russische Museum Karlshorst eingeladen worden zu sein, in dessen Gebäude die deutsche Kapitulationsurkunde gegenüber der UdSSR unterzeichnet worden war. Es überstieg laut »FAZ« die »Vorstellungskraft« des Botschafters, hieran gemeinsam mit dem russischen Botschafter teilzunehmen.

Solche Ausfälle kann sich der diplomatische Vertreter des Nato-Aspiranten leisten, weil er letztlich auf einer breiten ideologischen Welle surft. So beklagte etwa Außenminister Heiko Maas routiniert die 30 Millionen Kriegstoten in »Mittel- und Osteuropa«, unterließ es jedoch zu erwähnen, dass circa 27 Millionen davon Sowjetbürger gewesen sind. Einen Schritt weiter ging der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter mit der Behauptung, die Länder »zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, Balten, Ukrainer, Weißrus-

sen« hätten besonders unter dem deutschen Vernichtungskrieg gelitten. Die Antwort auf das geografische Problem, in welchem Niemandsland diese Staaten existiert haben könnten, blieb er schuldig. So kann man die Sowjetunion schließlich auch aus der zeitgeschichtlichen Erinnerung verschwinden lassen oder zumindest die von ihr getragene Last zugunsten von Staaten herunterspielen, die ehemalige Nazi-Kollaborateure und Judenmörder etwa als »Verteidiger der Ukraine« ehren. Den Rest erledigen die Leitmedien. In diesem Fall erteilte Alan Posener wiederum in der »Zeit« den Rat, man müsse sich von der Vorstellung lösen, »der Frieden mit Russland um beinahe jeden Preis sei wegen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion 1941 eine moralische Pflicht«.

Manche mögen solche Vorkommnisse lediglich als situative Zuspitzungen werten. Doch sei darauf hingewiesen, dass ähnliche Prozesse auch in der »Zivilgesellschaft« mit ihrer gelobten Erinnerungskultur zu finden sind. Ein Beispiel hierfür ist die beabsichtigte Neugestaltung des Lagers für sowjetische Kriegsgefangene Stalag 326 (VI K) in Senne (Westfalen-Lippe), besser bekannt als Stukenbrock.

Der deutsche und später der westdeutsche Umgang mit den sowjetischen Kriegsgefangenen ist bekannt. Über die Hälfte von



Selbstbespiegelung im Opferverzeichnis: Bundespräsident Joachim Gauck besucht das ehemalige Lager für sowjetische Kriegsgefangene in Stukenbrock, Mai 2015

ihnen (circa 3,3 Millionen) starb in den Lagern unter dem Kommando der Wehrmacht an Unterernährung, mangelnder medizinischer Versorgung und Vernichtung durch Arbeit. Ursache dieses Massenmords war ein spezieller Vernichtungsbefehl Hitlers, der zum systematischen Entzug völkerrechtlicher Schutzmaßnahmen führte. Es charakterisiert die westdeutsche Politik nach 1945, wie sie selbst im Zuge der Verhandlungen über Leistungen für Zwangsarbeiter/innen vor gut 20 Jahren mit einem Rechtstrick die noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen, die zu Zwangsarbeit gepresst worden waren, um ihre Rechte brachte. Ein wissenschaftliches Gutachten leugnete zwar nicht den faktischen Verlust ihres Kriegsgefangenenstatus, folgte aber, dieser sei wiederherzustellen und anzuerkennen. Die Konsequenz war ihr Ausschluss von Leistungen nach dem Zwangsarbeitsabkommen. Selbst der Antrag auf Gewährung einer symbolischen Summe wurde noch 2012 von CDU/CSU und FDP abgelehnt, ehe sie sich schließlich 2015 bereit fanden, die Überlebenden mit einer Einmalzahlung von 2.500 Euro zu beleidigen.

Die Erinnerungspolitik verfuhr entsprechend. So legten im Stalag 326 die Gefangenen selbst nach der Befreiung einen Friedhof für die 65.000 Begrabenen an und errichteten Gedenkzeichen. In den fünfziger Jahren wurde zunächst ein Denkmal auf dem St.-Achatius-Friedhof, das 42 erschossenen sowjetischen Offizieren gewidmet war, entfernt und durch einen Gedenkstein für die Opfer der »Vertreibung« ersetzt. Die Demontage eines Obeliskens auf dem Lagerfriedhof selbst konnte erst durch die Intervention der Sowjetischen Militäradministration und der britischen Besatzungsbehörden gestoppt werden. Allerdings blieb es dabei, dass die als Siegeszeichen an der Spitze des Obeliskens angebrachte sowjetische Fahne entfernt und durch ein orthodoxes Kreuz ersetzt wurde.

Vor diesem Hintergrund mag es als Fortschritt erscheinen, wenn das Stalag 326 heute zu einer Gedenkstätte mit »gesamtesellschaftlicher Bedeutung und europäischer Reichweite« ausgebaut werden soll. Dass jedoch auch jetzt wieder der alte Wein in neue Schläuche gefüllt wird, zeigt eine sogenannte Machbarkeitsstudie, die das Konzept für das Projekt umreißt und vom zuständigen Expertengremium der Bundesregierung als »grundsätzlich überzeugend« und »den qualitativen Anforderungen entsprechend« eingestuft wurde.

Richtungsweisende Begriffe dieser Studie sind »Zeitschichten« und »Lager«, das als gesellschaftlich omnipräsent verstanden wird (Giorgio Agamben lässt grüßen). Das Stichwort »Zeitschichten« zielt auf die Nachkriegsgeschichte des Kriegsgefangenenlagers, das nach 1945 zuerst von den Alliierten als Internierungslager für Nazis, dann als Unterbringungsstätte für Zwangsumgesie-

delte und später für Aussiedler aus der DDR genutzt wurde. Es versteht sich, dass der »Lager«-Topos die ideologische Brücke zwischen den verschiedenen Nutzungsformen schaffen soll. Um es kurz zu machen: Es versteht sich auch, dass nach den Jahrzehnten des Versuchs, die Erinnerung an die deutschen Verbrechen auszulöschen und dann aggressiv zu verschweigen, jetzt die Zeit ihrer aufwendigen Relativierung und Umdeutung gekommen ist. Das finale Ziel hat der ehemalige EU-Politiker Elmar Brok benannt, der auch Mitglied in dem für die Neukonzeption der Gedenkstätte zuständigen Lenkungsausschuss ist. Nach seinen Vorstellungen soll die Gedenkstätte ein »Mahnmal gegen alle Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts« sein oder, noch deutlicher: dem »Gedenken an zwei Diktaturen« dienen.

Das bedeutet nichts anderes als die Erweiterung und Radikalisierung der ursprünglich auf die DDR bezogenen Erinnerungsdoktrin, wie sie von den beiden Enquetekommissionen des Bundestags in den neunziger Jahren unter totalitarismustheoretischen Vorzeichen beschlossen wurde. Im Zuge ihrer erweiterten Anwendung erfolgt die Aufnahme der sowjetischen Kriegsgefangenen in

Diese Erinnerungspolitik orientiert sich an alten Feindbildern

die offizielle deutsche »Erinnerungskultur« um den Preis, dass der spezifische Charakter ihrer Ermordung überdeckt wird und die moralischen/politischen Konsequenzen aus ihrem Leben und Sterben in einen Ideologiekontext übertragen werden, der ihren gesellschaftlichen und politischen Überzeugungen diametral entgegengesetzt ist. So werden sie ein weiteres Mal ihrer Rechte beraubt. Das mag man als Fortschritt gegenüber der simplen Zerstörung jeder Erinnerung an sie ausgeben. Doch ist es letztlich nur eine elaborierte Neufassung des alten Feindbilds.

Back to the roots

Vergleichbares findet sich im Zentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, bei dessen Leitthema es um die zeitgemäße Zuweisung des gesellschaftlichen Platzes der nach 1945 zwangsumgesiedelten Deutschen geht. Das alliierte Vorgehen gegen sie galt hierzulande neben der Bombardierung deutscher Städte als zentrales Verbrechen (»Menschheitsverbrechen« nennt es heute die »FAZ«). Zugleich waren sie im Kalten Krieg das menschliche Beweismaterial für die Forderung nach einer Revision der polnischen Grenze. Mit dem Aufkommen der »Entspannungspolitik« und dem Abschluss der »Ostverträ-

ge« wurde ihre Funktion zunehmend obsolet. Ihr Bedeutungsverlust verstärkte sich notwendigerweise mit der Aufnahme von Polen und Tschechen in die Europäische Union.

Mit dem vor einigen Jahren gefassten Beschluss, ein solches Zentrum zu schaffen, stellte sich für die deutsche Gesellschaft deshalb die Aufgabe, den »Vertriebenen« entsprechend den geänderten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen einen angemessen erscheinenden Platz in der deutschen und europäischen Geschichte zuzuweisen. Das setzte eine Einigung mit den europäischen Nachbarn voraus. Die beinahe endlose Skandalgeschichte nach der Gründung der Trägerstiftung – angefangen bei der Besetzung der Gremien über das Scheitern von Geschäftsführern bis zum Austritt ausländischer Gremienmitglieder – deutet das grundsätzliche Misslingen an. Die schließliche Entscheidung, man wolle die deutschen Zwangsumgesiedelten ins Zentrum des Hauses stellen, fasste eine Berichterstatterin mit den Worten zusammen, die jetzt eröffnete Ausstellung zeige das »Schicksal deutscher Vertriebener, eingebettet in historische Kontexte«. Auch wenn das Handy eines syrischen Flüchtlings neben einem Mantel aus dem Jahr 1945 gezeigt wird, bedeutet das gerade angesichts der aktuellen deutschen Politik gegenüber Menschen auf der Flucht nicht, dass sich Grundsätzliches an der überkommenen Priorisierung geändert hätte. Die Merkel-Rede zur Ausstellungseröffnung und das anschließende offizielle Schweigen zum Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion unterstreichen ungeachtet einiger Modifikationen im Detail das Festhalten an alten Denkmustern.

Im April dieses Jahres beklagten die Historikerin Hedwig Richter und der stellvertretende »Zeit«-Chefredakteur Bernd Ulrich in der »Zeit«, die Deutschen hätten ein veraltetes, ihr Fortkommen hemmendes Geschichtsbild. Sie wiesen auf demokratische Traditionen in der deutschen Geschichte hin und forderten, die »Ketten« der bisherigen »Raison d'Être« zu lösen, letztlich die als kritisch empfundene Erinnerungspolitik in der bisherigen Form zu beenden. Diese Forderung radikalisiert die 1989 eingeleitete Politik der Schuldrelativierung und -verschiebung und geht über die hier beschriebenen Umdeutungsstrategien hinaus. Neben den von den Visegrád-Staaten ausgehenden und über das EU-Parlament vermittelten revisionistischen Bestrebungen und dem völkisch-nationalistisch geprägten Ansatz der AfD formieren sich offensichtlich auch in der »Mitte der Gesellschaft« Kräfte, die ein neues Geschichtsbild und ein diesem entsprechendes politisches Handeln fordern. ●

Rolf Surmann schrieb in konkret 7/21 über postkoloniale Versuche, den Holocaust zu relativieren